

Resolution

Verkehrsentlastung der Region Marchfeld mit klimafreundlichen Verkehrsmitteln

Empfänger*innen:

- OBB
- VOR
- Mobilitäts--Landesrat NÖ
- Bundesministerin für Umwelt- und Verkehr

Ausgangssituation:

Die Region Marchfeld ist vor allem in Wien-Nähe und entlang der Marchegger Ostbahn eine prosperierende Zuzugsregion unter enormem Siedlungsdruck. Die Prognosen für den Bevölkerungswachstum sind deshalb für den Bezirk Gänserndorf die höchsten von ganz Österreich für die kommenden Jahrzehnte (ÖROK Regionalprognosen, Statistik Austria). Die Straßen unserer Region sind für den Pendlerverkehr und für den gewerblich/betrieblichen Verkehr völlig überlastet! Eine weitere Entwicklung der Region, die neben dem Bevölkerungswachstum auch ein Mitwachsen des Arbeitsplatzangebotes (ohne auszupendeln) und der Infrastruktur benötigt, wird dadurch verhindert.

Bisher sind durch die Maßnahmen des Umweltministeriums sämtliche Pläne zur Entlastung des Straßenverkehrs blockiert worden.

Es wurde zeitgleich an keiner Alternative zur Lösung des Problems gearbeitet bzw. kein Ansatz einer alternativen Strategie zur Verkehrsbewältigung in Aussicht gestellt.

Das ist nicht weiter tragbar!

Daher fordern wir, die Gemeinden des Marchfeldes, von den verantwortlichen Politiker*innen folgende Forderungen:

1. Kurzfristig umsetzbare Forderungen:

Die wachsenden Pendlerströme müssen ohne Verzögerung auf die öffentlichen Verkehrsmittel umgelenkt werden!

Der Ausbau der Strecke R81 (Marchegger Ostbahn) schreitet erfreulicherweise rasch und erfolgreich voran. Ab 1. April 2023 wird die Strecke durchgehend 2-gleisig sein bis zum Bahnhof Schönfeld-Lassees, bis zum Sommer folgt die Elektrifizierung. Ab dem Fahrplanwechsel am 10.12.2023 steht die gesamte Strecke bis Marchegg durchgehend 2-gleisig und elektrifiziert für den Personen- und Güterverkehr zur Verfügung. Zu diesem Zeitpunkt ist auch der Systemwechsel vollzogen, d.h. die Strecke ist in ihrem Vollausbau befahrbar.

Wir, die Gemeinden der Region Marchfeld, die unmittelbare Anrainergemeinden bzw. Pendler-Gemeinden über Zubringer-Verkehr zu dieser Strecke sind, fordern daher spätestens mit dem System- und Fahrplanwechsel 2023 eine Ergänzung zum derzeit gültigen Verkehrsdienstleistungsvertrag. Diese Ergänzung soll beinhalten:

- Die Verlängerung der Schnellbahnlinie S80 bis Marchegg.
- Die Einführung eines 30 Minuten-Taktes für die Schnellbahnlinie.
- Prüfung der Möglichkeit, eine Teilstreckeneröffnung bis Schönfeld-Lassee bereits ab Herstellung der Elektrifizierung im Sommer 2023 durchzuführen, um bereits ab diesem Zeitpunkt eine außerplanmäßige Fahrplan-Taktverbesserung zu erwirken.
- Den Erhalt der REX-Züge als zusätzliches Angebot ohne Reduktion der Halte in der Region Marchfeld.

2. Mittelfristig umsetzbare Forderungen:

Ausbau des Radwegenetzes entlang der bestehenden Eisenbahnlinien

Durch einen entsprechenden Ausbau der Begleitwege, was ja zum Teil schon begonnen ist, müssen leistungsstarke (Schnell-)radwege als Verkehrsradswege geschaffen werden.

Die Begleitwege werden ohnehin von den Hilfs- und Rettungskräften dringend benötigt.

Durch eine entsprechende Adaptierung kann hier relativ einfach eine umweltfreundliche Alternative geschaffen werden. Dabei müssen auch neue Brücken (z.B. Rußbachquerung bei Ostbahn- Begleitweg) geschaffen werden.

Die Radfahrer könnten den ganzen Weg bis Wien nutzen oder bei jeder Haltestelle auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen. Durch die Radbrücken zur Slowakei wäre auch die internationale Nutzung möglich.

3. Langfristig umsetzbare Forderungen:

Schaffen eines Eisenbahnringes „Wien Nord/Ost/Süd“ als regionsübergreifende Maßnahme.

Zurzeit planen die ÖBB die Realisierung und Umsetzung der sogenannten „Flughafenspanne“, die beginnend vom Flughafen in die Ostbahn Richtung SK/H einmünden soll.

- Durch die platzschonende und umweltfreundliche Schaffung einer Donauquerung in Form einer Eisenbahnbrücke könnte hier eine relativ kostengünstige Anbindung des öffentlichen Streckennetzes des Marchfelds mit der Süd-, Ostregion geschaffen werden.
- Eine Eisenbahnbrücke sollte auch im Hinblick auf den Umweltschutz genehmigungsfähig sein. Der Bau einer Eisenbahnquerung könnte mit geringem Platzaufwand realisiert werden und bis zur Ostbahn auf Höhe Raasdorf in das bestehende Eisenbahnnetz integriert werden.
- Mit der Schaffung entsprechender P&R Anlage und dem damit verbundenen Umstieg für Pendler Richtung Süden, käme es zu einer wesentlichen Entlastung des Straßennetzes.

Initiatoren dieser Resolution

Walter Krutis

Bürgermeister

Raasdorf

Clemens Nagel

Bürgermeister

Leopoldsdorf im Marchfeld

Roman Bobits

Bürgermeister

Lassee

René Lobner

Obmann

Region Marchfeld